

Programm der CDU für das Wirken im Kreistag des Landkreises Konstanz

2024

Die Gesellschaft sieht sich heute einer Vielzahl immenser Herausforderungen ausgesetzt. Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben zu erheblichen gesellschaftlichen Erschütterungen geführt, die bis heute nachwirken. Der Klimawandel wird in vielen Teilen der Welt zunehmend spürbar. Er zwingt der Bundesrepublik eine Transformation von Wirtschaft und Energieindustrie auf, die ihresgleichen sucht. Mit dem Austritt der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben werden sich Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel in den nächsten Jahren erheblich verschärfen.

Neben den globalen und bundesweiten Problemen sind wir im Landkreis zusätzlich vor ganz eigene Herausforderungen gestellt. Die Umsetzung der Energiewende und Klimaneutralität vor Ort stellt einen Kraftakt für alle Beteiligten dar. Der Bau des neuen Berufsschulzentrums in Konstanz sowie der dringend notwendige Neubau eines Krankenhauses verlangt dem Kreis finanzielle Mittel in Höhe von gut einer halben Mrd. Euro ab.

Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind beachtlich. Notwendige Investitionen müssen gestemmt, notwendige Veränderungen herbeigeführt werden. Dieser Umstand erfordert ein beherrztes Handeln der Kreispolitik.

Vor diesem Hintergrund gibt sich die CDU im Landkreis Konstanz für die nächste Legislaturperiode des Kreistags nachfolgendes Programm.

Verwaltung und Finanzen

Haushaltspolitik und Kreisfinanzen

Landkreis, Städte und Gemeinden erfüllen gemeinsam öffentliche Aufgaben und sind eng miteinander verflochten. Der Landkreis ist für alles zuständig, was die Leistungsfähigkeit seiner Gemeinden übersteigt. Die vom Land Baden-Württemberg gewährten Zuweisungen und Kostenerstattungen reichen aber bei weitem nicht aus, um alle öffentlichen Aufgaben des Landkreises finanzieren zu können.

Unser Ziel ist es, dass der Landkreis auch in der Zukunft kraftvoll seine vielfältigen Aufgaben erfüllen kann. Die hierfür von den Städten und Gemeinden erforderliche Kreisumlage muss dabei so gestaltet werden, dass die Städte und Gemeinden in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit nicht erdrückt werden. In diesem Spannungsfeld gilt es beide Seiten zu betrachten und gegeneinander abzuwägen. Das bedeutet aber auch, dass nicht alles Wünschenswerte auch realisierbar sein wird. Es gilt in der Zukunft noch stärker zu priorisieren und die vorhandenen Finanzmittel gezielt einzusetzen.

Die CDU steht für eine faire und ausgewogene Finanzpartnerschaft zwischen dem Landkreis und seinen Städten und Gemeinden. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, in den jährlichen Haushaltsplanberatungen Spielräume beim Festsetzen der Kreisumlage zu nutzen. Wir wollen die Haushalts- und Finanzpolitik des Landkreises maßgeblich zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger mitgestalten.

Der Landkreis steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Die Fertigstellung des Berufsschulzentrums Konstanz, sowie der Neubau des Zentralklinikums unseres Gesundheitsverbundes, aber auch notwendige Investitionen in die Bekämpfung des Klimawandels bringen den Landkreis zusätzlich, neben all den anderen Aufgaben, an den Rand seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Diese Investitionen sind nur durch die Aufnahmen weiterer Schulden zu realisieren und belasten damit auch künftige Generationen. Ziel der CDU ist es, dass der Schuldenstand des Landkreises dauerhaft mit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit im Einklang steht und die Generationengerechtigkeit gewahrt bleibt.

Der größte Anteil der laufenden Kreisausgaben werden für den Sozial- und Jugendhilfebereich benötigt. Ziel der CDU ist es, dass die erforderlichen sozialen Dienstleistungen so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten und den Menschen, die sich in einer sozialen Schief- oder Notlage befinden, eine angemessene Hilfe zukommen zu lassen.

Das von Bund und Land beschlossene Konnexitätsprinzip bleibt ein ständiger Prüfstein bei der Übertragung von weiteren Aufgaben von Bund und Land auf den Landkreis. Das muss von Bund und Land konsequent eingefordert werden, gegebenenfalls auch mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Die verfügbaren Finanzmittel verlangen den effizienten Einsatz von Personalressourcen und Sachmitteln und eine strenge Haushaltsdisziplin. Ziel der CDU ist es, dass alle Aufgaben des Landkreises stetig auf deren generelle Notwendigkeit sowie deren wirtschaftliche Umsetzung überprüft werden. Auf die Unterhaltung der kreiseigenen Gebäude, insbesondere der Kreisschulen, aber auch der übrigen Infrastruktur, ist ein großes Augenmerk zu richten. Die CDU steht für den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur zum Wohle unserer Bürgerschaft sowie unserer Wirtschaft.

Die derzeitig unklare wirtschaftliche Allgemeinlage verlangt eine weitsichtige Finanzpolitik, die uns auch ermöglicht, bei rückläufigen Steuereinnahmen unsere dringenden Aufgaben weiterhin gut zu erfüllen und den Neubau des Zentralklinikums finanzieren zu können.

Die Fähigkeit zur dauernden Aufgabenerfüllung verlangt nachhaltiges Denken und Handeln in der Finanzplanung. Die CDU steht für eine Finanzpolitik, welche verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Steuermitteln umgeht. Das bedeutet aber auch, dass nicht alles und jedes in den kommenden Jahren finanziert werden kann. Ideologiegetriebene Wunschkonzerte lehnen wir kategorisch ab, da sie das Gegenteil einer soliden Finanzpolitik sind.

Digitalisierung

Durch den schrittweisen Ausstieg der Baby-Boomer aus dem Arbeitsleben wird sich der Mangel an Arbeitskräften dramatisch verschärfen. Die Trends zu Teilzeit und Vier-Tage-Woche bringen zusätzliche Arbeitsstundendefizite. Um den damit verbundenen Wohlstandsverlust ausgleichen zu können, braucht es Produktivitätssteigerungen. Der technische Fortschritt durch KI und Digitalisierung ist ein Mittel zur Produktivitätssteigerung. Mit der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen lassen sich durch ein Automatisierungsmanagement deutliche Produktivitätssteigerungen gerade auch bei der Landkreisverwaltung erzielen. Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung und Digitalisierung der Infrastruktur allgemein ein. Als Beispiel könnte die Digitalisierung die modale Vernetzung der Verkehre sowie die bessere Vernetzung zwischen Stadt und Land bewerkstelligen. Die CDU setzt sich dafür ein, die begonnene Verwaltungsdigitalisierung in den kommenden Jahren fortzusetzen, um damit schnellere und bequemere Genehmigungsprozesse zu gewährleisten.

Wirtschaft, Technik und Umwelt

Brand- und Katastrophenschutz

Krisen und Katastrophen haben in den letzten Jahren immer mehr Raum eingenommen. So wurde zum Beispiel die Gemeinde Mühlhausen im Jahr 2021 vom Starkregen heimgesucht. Im Landkreis Konstanz verfügen wir zum Glück über eine funktionierende Struktur innerhalb der Blaulichtfamilie. Das großartige ehrenamtliche sowie hauptamtliche Engagement bei den Hilfsorganisationen ist aller Ehren wert und wird von der CDU-Fraktion außerordentlich geschätzt und unterstützt. Für das Feuerwehrwesen mit rund 3.200 Aktiven im Landkreis Konstanz, davon 95 Prozent im Ehrenamt, wird mit dem Bau der neuen Atemschutzübungsanlage eine absolut lebenswichtige Grundlage für eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung geschaffen. Das Neubauprojekt wird seitens der CDU-Fraktion mit Nachdruck begleitet, um in absehbarer Zeit erfolgreich in Betrieb gehen zu können. Die Jugendarbeit, beispielsweise mit dem Jugendfeuerwehrlager, ist eine ebenso wichtige Säule der ehrenamtlichen Arbeit. Knapp 1.000 Kinder und Jugendliche werden an den aktiven Dienst herangeführt.

Wirtschaft und Arbeitswelt

Die CDU steht für die Förderung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas. Wir setzen uns für ein attraktives wirtschaftliches Umfeld ein, indem wir die Vernetzung mit der Bodensee Standort Marketing in unserer Vierländerregion stärken und Zukunftsthemen, wie die Digitalisierung, in den Focus nehmen.

Zu einem wirtschaftsfreundlichen Klima gehören auch Flächenverfügbarkeit zur Entwicklung und Ansiedlung für Gewerbe und Industrie, um den bestehenden Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und neue Betriebe anzusiedeln.

Die CDU setzt sich für eine möglichst gute und breitgefächerte Gewerbestruktur ein. Das Durchschnittsalter der 292.568 Einwohner liegt bei 44 Jahren. In den kommenden 15-20 Jahren scheidet rund 40.000 Beschäftigte aus dem Erwerbsleben, dem stehen rund 10.000 Neueinsteiger gegenüber.

Im Landkreis sind rund 106.904 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Beschäftigungsstruktur zeigt, dass im produzierenden Gewerbe mit rund 29.000 Beschäftigten (27,3 %), im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 26.000 Beschäftigten (24,7 %) und im sonstigen Dienstleistungsbereich mit 50.000 Beschäftigten (46,8 %) das Gros der Menschen beschäftigt sind. Der Anteil des produzierenden Gewerbes ist seit dem Jahr 2000 von über 30% auf knapp 20 % zurückgegangen. Der Exportanteil des Gewerbes liegt bei 50%. Die Schwäche der Weltkonjunktur zieht auch bei uns einen Einbruch im produzierenden Gewerbe nach sich. Wir sind proaktive Partner sowohl für kleine und mittelständische Betriebe, als auch Konzerne in unserer Region – zum Erhalt vorhandener und zum Ausbau zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Florierende Unternehmen schaffen Einnahmen bei Kreis und Kommunen und Arbeitsplätze. Gewerbesteuern und Einkommensteueranteile bilden die Grundlage zur Finanzierung des Gemeinwesens.

Genehmigungsprozesse müssen schnell sein. Wir setzen uns für die Digitalisierung der Verwaltung ein, um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Damit Investitionen erleichtert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Digitalisierung und KI bieten die Möglichkeit einer Produktivitätssteigerung, so kann die Zeit der Genehmigungsprozesse verkürzt und dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Fachkräfte und Innovation sind Fundament einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises. Deshalb setzt sich die CDU weiterhin für eine gute Schul- und Bildungsinfrastruktur ein.

Energiewirtschaft

Die CDU setzt sich für den Ausbau regenerativer Energiequellen durch den Ausbau der Photovoltaik, Geothermie, Seewassernutzung und Windräder ein. Die Sicherstellung von ausreichender, unterbrechungsfreier und bezahlbarer Energie ist Grundlage für den Wohlstand im Landkreis und darüber hinaus. Der Umbau der Stromnetze ist dabei zentral. Die CDU unterstützt Initiativen, die Bundesnetzagentur von der Bedeutung des Netzausbaus, insbesondere im Süden der Republik, zu überzeugen.

Der Landkreis Konstanz darf durch seine Grenznähe nicht von der nationalen Wasserstoffplanung ausgespart bleiben. Hier setzt sich die CDU für die Wasserstoffinitiative des Landkreises und des Landes Baden-Württemberg ein. Es gilt neben Initiativen auf Bundesebene im Land und den Landkreisen eine Konzeption zu entwickeln, die machbar ist und schrittweise umgesetzt werden kann. Wir stellen uns einen Runden Tisch mit den politischen Verantwortlichen und den Unternehmen vor, um angelehnt an die nationale Wasserstoffstrategie eigene Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine Zukunftsaufgabe, bei der der Landkreis Vorreiter sein soll. Die auf CDU-Initiative gegründete Energieagentur soll ihre Arbeit als Dienstleister für Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen im Interesse von Energiesparen und dem verstärkten Einsatz von regenerativen bzw. erneuerbaren Energien intensivieren.

Tourismus

Wir setzen uns für die nachhaltige Entwicklung des Tourismus auf Grundlage des Tourismuskonzepts des Landes ein sowie für ein Zusammenführen der zahlreichen Akteure und Organisationen. Der Tourismusbereich zählt zum Dienstleistungssektor, allerdings hat er wegen seiner Querschnittsbedeutung für berufliche Übernachtungen und seiner Wertschöpfung eine besondere Bedeutung. Nach Modellrechnungen kann davon ausgegangen werden, dass Urlauber rund 30-50 € pro Tag konsumieren - bei ca. 2,8 Mio. Übernachtungen (nur die Übernachtungen der Betriebe, die mehr als 10 Betten haben) ergibt das eine zusätzliche Wertschöpfung mit mind. 85 Mio €. Hinzu kommt die Wertschöpfung aus dem Tagestourismus, die im Übrigen insbesondere in der Landwirtschaft unverzichtbar ist (Direktvermarktung).

Die Wertschöpfung aus dem Tourismus sichert Arbeitsplätze und schafft durch touristische Einrichtungen, die der Kreisbevölkerung an 365 Tagen zur Verfügung stehen, einen Mehrwert zur Lebensqualität.

Wir setzen uns für eine Neuorientierung und höhere Schlagkraft der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (kurz: IBT) ein. Ziel ist es, das Angebot besser zu bündeln und die Akteure der Vier-Länderregion stärker einzubinden. Damit sind nicht nur touristische Effekte, sondern wegen der höheren Lebensqualität auch Erfolge in der Gewinnung von Arbeitskräften verbunden.

Ländlicher Raum

Der größte Teil des Landkreises ist Ländlicher Raum. Der Landkreis muss den Ländlichen Raum stärken und in seiner Entwicklung unterstützen.

Die Fluglärmbelästigung durch den Ausbau des Flughafens Zürich-Kloten darf nicht einseitig zulasten der deutschen Kommunen gehen. Die geplante Erweiterung des Flughafens Zürich-Kloten soll kritisch begleitet werden.

Den Prozess zur Errichtung eines Atommüllendlagers auf Schweizer Seite, dicht an der Grenze zu Deutschland, wollen wir kritisch begleiten.

Landwirtschaft und Forst

Die nachhaltige landwirtschaftliche Urproduktion in unseren Betrieben als Grundlage zur Produktion von gesunden Lebensmitteln bedarf der Unterstützung. Es gilt unsere vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten. Der Landkreis ist geprägt von regionalen Erzeugern und Direktvermarktern. Betriebe, die ihre Erzeugnisse direkt vermarkten, sollen bestmöglich unterstützt werden. Konventionelle Landwirtschaft ist elementare Voraussetzung zur Sicherstellung unserer Ernährung. Ökologische und konventionelle Landbewirtschaftung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide werden gebraucht.

Vor dem Hintergrund der Wärmewende und dem Ausbau von Wärmenetzen im Landkreis Konstanz, wollen wir die Landwirtschaft als Energielieferanten im Blick behalten und unterstützen.

Die Bodensee Region und der Landkreis wollen frei von grüner Gentechnik bleiben. Die kreiseigene Fachschule für Landwirtschaft sowie die Beratung der Landwirte soll erhalten bleiben.

Landwirtschaftsamt, Kreisforstamt und Landschaftserhaltungsverband wollen in der Nutzung und Pflege der Bodenfläche des Kreises unterstützen, aber übermäßige Bürokratisierung vermeiden.

Der Landkreis soll die waldbesitzenden Kreisgemeinden beim Aufbau wirtschaftlicher Strukturen für die nachhaltige Beförderung und Vermarktung von Rohholzerzeugnissen nach Kräften unterstützen. Ein Waldumbau, hin zu klimaresistenten Wäldern, soll vom Landkreis forciert werden.

Natur- und Umweltschutz

Natur- und Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe, darf aber nicht irrational überzogen werden. Der Landkreis Konstanz ist reich an Natur-, Landschaftsschutz und FFH-Gebieten. Der Mensch darf aus naturgeschützten Gebieten nicht ausgesperrt werden. Er kann dort etwas über die Natur lernen, zu ihr und zu sich selbst finden und seiner Seele Frischluft schenken.

Der Landkreis soll seinen Beitrag zur Biodiversität leisten und eine führende Rolle einnehmen. Die Biotopstrukturen sollen ausgebaut werden. Insbesondere zum Schutz von Insekten und der Erhaltung der Vielfalt der Vogelwelt können in Zusammenarbeit mit Einrichtungen im Landkreis wie beispielsweise dem Max-Planck-Institut für Ornithologie oder der Heinz Sielmann Stiftung Handlungsoptionen entwickelt werden.

Fracking mit Chemikalien in der Bodenseeregion, um Gas zu fördern, wollen wir verhindern helfen. Der Trinkwasserspeicher Bodensee bedarf allergrößten Schutz.

Klimaschutz

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch im Landkreis Konstanz deutlich zu spüren. Bei all unseren Entscheidungen spielt dieses Thema deshalb auch eine übergeordnete Rolle.

2019 ist der Landkreis dem Klimaschutzpaket des Landes beigetreten und hat sich das Ziel gesetzt, bis 2040 weitgehend klimaneutral zu werden. Die CDU bekennt sich klar zu diesem Ziel. Erreichen können wir dies nur, wenn wir konsequent daran arbeiten und all unsere Entscheidungen auch unter dem Blickwinkel des Klimaschutzes betrachten.

Mit dem Beitritt zum Klimaschutzpakt, dem integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises und der Teilnahme am *European energy award* sind die Leitlinien abgesteckt.

Durch die Schaffung eines Amtes für Klimaschutz- und Kreisentwicklung und zusätzlicher Stellen ist der Landkreis gut aufgestellt, um die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.

Bei der energetischen Sanierung der kreiseigenen Gebäude sind wir in der vergangenen Legislaturperiode ein gutes Stück vorangekommen. Mit der Errichtung von Solaranlagen auf den kreiseigenen Gebäuden bzw. Dächern setzen wir ein Zeichen. Beim Neubau des Berufsschulzentrums in Konstanz und auch bei allen anderen Projekten ist Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer ein zentraler Aspekt bei allen Entscheidungen.

Die Entscheidung, die im Auftrag des Landkreises verkehrenden Nahverkehrsbusse auf Biokraftstoffe umzurüsten, ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Vieles haben wir bereits erreicht, ein langer Weg liegt noch vor uns. Die CDU wird sich auch im Kreistag weiterhin für einen konsequenten und nachhaltigen Klimaschutz einsetzen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien, im Einklang mit Natur- und Umwelt, ist hier ein wichtiger Eckpfeiler. Mit dem Bau von Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen greifen wir in die Umwelt ein. Biodiversität, Natur- und Artenschutz sowie der Schutz der Bevölkerung vor Immissionen müssen, wie bei allen Bauprojekten, berücksichtigt werden. Eine sorgsame Abwägung zwischen Umweltschutz und Klimaschutz ist Voraussetzung für eine gute Standortwahl. Umweltschutz und Klimaschutz dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unsere Umwelt können wir nur schützen, wenn wir unser Klima schützen. In diesem Sinne steht die CDU zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch der Ausbau der notwendigen Infrastruktur zügig angegangen werden. Effiziente Strom-, Gas- und Wärmenetze sind die Basis für eine klimafreundliche Energieversorgung. Kraft-Wärme-Kopplung und Produktion von Wasserstoff aus regenerativen Energien haben für die CDU einen wichtigen Stellenwert. Gerade Wasserstoff wird in der Zukunft ein wichtiger Energieträger. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Landkreis an das Wasserstoff-Kernnetz in Deutschland angebunden wird.

Klimaschutz verstehen wir als gesellschaftliche Gesamtaufgabe, gerade im kommunalen Bereich geht es darum Projekte umzusetzen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass der Landkreis Konstanz eine Vorreiterrolle einnimmt und insbesondere in den drei Kernbereichen "Wärme, Energie und Mobilität" Zeichen setzt:

ÖPNV, Kreisstraßen und Radverkehr

Zentraler Baustein der Verkehrswende ist der ÖPNV. Er ist umweltverträglich und ermöglicht Mobilität für alle. Wir wollen die Städte und Gemeinden von zu viel Autoverkehr entlasten und den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich verringern. Gute Bus- und Bahnanbindung mit kurzen Wartezeiten, verlässlichen Anschlüssen und dichter Taktung sind dafür Voraussetzung. Neue Haltestellen und Linien müssen bedarfsgerecht eingerichtet werden.

Mit dem neuen Nahverkehrsplan, der ab 2025 gelten soll, muss das bestehende Angebot weiter verbessert werden. Um Pendler und Schichtarbeiter zum Umstieg zu bewegen, müssen Busse und Bahnen in den Randzeiten verstärkt fahren. Auch in der Nacht wünschen wir uns ein verstärktes Angebot. Für Jung und Alt bräuchte dies einen erheblichen Mehrwert.

Wir fordern gute Anschlüsse an das nationale und internationale Eisenbahnnetz. Bei den Verbindungen in die Schweiz können wir kontinuierlich Verbesserungen erreichen. Anders sieht es bei den nationalen Verbindungen aus. Der Ausbau der Gäubahn kommt nur schleppend voran. Die direkte Verbindung ins Zentrum von Stuttgart soll über lange Zeit gekappt werden. Eine direkte Verbindung nach Stuttgart gilt es zu erhalten. Die Forderungen der Initiative "Wir wollen zum Hauptbahnhof" unterstützen wir vollumfänglich. Die Gäubahn muss auch während der Bauphase am und um den Stuttgarter Hauptbahnhof direkt bis ins Zentrum fahren.

An den Planungskosten für die Elektrifizierung und am Ausbau der Bodenseegürtelbahn beteiligt sich der Landkreis Konstanz mit rd. 3,3 Mio Euro. Auch wenn die geschätzten Kosten zwischenzeitlich auf 648 Mio. Euro angestiegen sind, gilt es das Projekt weiter voranzubringen. Bund, Land und Bahn sind in die Pflicht zu nehmen und für die weitere Planung verantwortlich.

Mit dem Jugendticket-BW und dem Deutschlandticket wurden attraktive Angebote für die Nutzer des ÖPNV geschaffen. Kleinräumige Verbünde werden es in Zukunft nicht mehr schaffen, mit dieser Tarifstruktur zu konkurrieren. Der Landkreis muss seine Strukturen überprüfen und mit den angrenzenden Verkehrsverbänden verstärkt Kooperationen suchen.

Gerade im ländlichen Raum dürfen wir den Individualverkehr nicht außer Acht lassen. Auch hier brauchen wir eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die Anschlüsse schafft. Wir setzen auf eine nachhaltige Mobilität, bei der alle Verkehrsmittel, Autos, Bahnen, Busse und Fahrrad miteinander vernetzt sind. Der Wechsel von einem auf das andere Verkehrsmittel muss einfach möglich sein. Die Infrastruktur an zentralen Haltepunkten von Bus und Bahn muss ausgebaut werden.

Das Straßennetz darf nicht vernachlässigt werden. Im ländlichen Raum, zu dem ein großer Teil des Landkreises gehört, ist auch ein gut ausgebautes Straßennetz ein wichtiger Standortfaktor. Unsere Kreisstraßen sind ein elementarer Teil des Verkehrsnetzes und Garant für die Mobilität unserer Kreisbewohner. Erst durch ein gut ausgebautes Straßennetz gewährleisten wir die Erreichbarkeit von Wirtschafts- und Gewerbestandorten.

Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass das Kreisstraßennetz in einem guten Zustand erhalten und wenn notwendig ausgebaut wird. Zusammen mit den Fördermitteln aus dem kommunalen Straßenbauprogramm sind ausreichende Budgets zu veranschlagen, um das beschlossene Ausbau- und Sanierungsprogramm umzusetzen.

Ein weiteres Kernelement des klimafreundlichen Verkehrs ist das Fahrrad. Radfahren ist die klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Mehr Radverkehr bedeutet weniger Lärm, weniger Abgase und neben der Umwelt profitiert davon auch die Gesundheit.

Die Attraktivität des Radverkehrs muss deshalb weiter gesteigert werden. Mit der Schaffung einer Stelle einer Radverkehrsbeauftragten wurde eine Forderung der CDU umgesetzt. Ein Radwegekonzept wurde schon 2018 erstellt. Einiges wurde auf den Weg gebracht, viele wünschenswerte Maßnahmen konnten noch nicht umgesetzt werden. Hier gilt es nachzujustieren und notwendige Maßnahmen zügig anzugehen. Im Sinne des Klimaschutzes sollten auch hier, bei Eingriffen in die Umwelt, sachgerechte Entscheidungen getroffen werden. Denn oft erschweren naturschutzrechtliche Forderungen den zügigen und bezahlbaren Radwegeausbau. Natur- und Umweltschutz darf dem aktiven Klimaschutz nicht im Wege stehen.

Für den Alltagsverkehr ist eine gut ausgebaute und schnelle Radwegeverbindung entlang der Achse Konstanz - Allensbach - Radolfzell - Singen enorm wichtig. Gerade für Berufspendler und Schüler weiterführender Schulen wäre dies eine echte Alternative zum PKW. Wir setzen uns deshalb für einen entsprechenden Radschnellweg ein.

Auch wenn uns bewusst ist, dass dies nicht kurzfristig zu realisieren ist, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen. Auf keinen Fall dürfen funktionierende und gut angenommene Radwege im Bereich der B33-Neubaustrecke rückgebaut werden. Diese Verbindungen müssen erhalten und in das zukünftige Radschnellwegenetz integriert werden.

Radfahren gewinnt an Attraktivität, wenn sich der Umstieg auf den ÖPNV einfach gestaltet. Bike+Ride-Anlagen müssen an zentralen, gut erreichbaren Standorten ausgebaut werden. Die kostenlose Fahrradmitnahme auf den Nahverkehrslinien des Landkreises muss zum Standard werden.

Abfallwirtschaft

Die Abfallbeseitigung wandelt sich immer mehr. Immer weniger Müll wird deponiert oder verbrannt. Man hat erkannt, was in ihm steckt: Rohstoffe, die es zu verwerten gilt. Biomüll wird im Landkreis schon seit vielen Jahren kompostiert und dem Kreislauf wieder zugeführt.

Restmüll wird, nachdem Wertstoffe aussortiert wurden, thermisch verwertet. Leichtverpackungen, Papier, Kartonagen, Glas usw. werden getrennt eingesammelt und wiederverwertet.

Die Kommunen im Landkreis sind für die Einsammlung des Abfalls verantwortlich. Der Landkreis für die Entsorgung und Verwertung. Dies soll auch in Zukunft so fortgeführt werden. Gewährleistet es doch an die jeweilige Situation angepasste Entsorgungswege und Strukturen.

Für die Entsorgung und Verwertung erzielt der Landkreis Konstanz zusammen mit dem Bodenseekreis aufgrund der großen Abfallmengen gute Verwertungspreise. Dadurch können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern moderate Abfallgebühren garantieren. Gleichzeitig ermöglicht uns die Zusammenarbeit als starker Partner aufzutreten und hohe Standards bei der Verwertung durchzusetzen.

Gleichwohl muss es auch in Zukunft unser Ziel sein, Müll erst gar nicht entstehen zu lassen.

Schulen, Sport und Kultur

Berufliche Schulen

Wir stehen für eine nachhaltig innovative Weiterentwicklung unserer beruflichen Schulen durch leistungsfähige sozialpflegerisch, technologisch, wirtschaftlich wettbewerbsfähige und umweltbezogene Ausbildungsfelder. Eine modernste IT-Ausstattung in allen Schulen ist das Gebot unserer Zeit. Unsere 8.700 Schülerinnen und Schüler müssen sich auf den Landkreis als Schulträger dauerhaft verlassen können. Die Anzahl der Plätze sowohl im Dualen Bereich als auch im Vollzeitbereich der Schulen (Berufliche Gymnasien, Berufskollegs, Berufsfachschulen) muss deshalb stets der weiterwachsenden Bevölkerungszahl im Landkreis angepasst bleiben.

Der Landkreis Konstanz soll weiter zu den Spitzenausbildern im Land Baden-Württemberg gehören. Dabei wird mit den Ausbildungsbetrieben, Wirtschaftskammern, der HTWG und der Uni Konstanz eng kooperiert. Ergänzt durch eine Vielfalt beim niederschwellig erreichbaren Zugang zu gebührenfreien Meisterschulen, zu Technikerabschlüssen und zu Höher-Qualifizierungen auf berufsbegleitenden Wegen.

Die Vielfalt der Ausbildungswege im Landkreis muss erhalten und weiter ausgebaut werden, einschränkende Verlagerungen in andere Landkreise führen zu schmerzhaften Verlusten von Ausbildungsplätzen vor Ort. Ihnen muss dringend entgegengewirkt werden. Die sieben Standorte in Konstanz, Radolfzell, Singen, Stockach unserer beruflichen Schulen müssen absolut leistungsfähig erhalten bleiben.

Angebote zur beruflichen Orientierung müssen den heutigen Ansprüchen unserer Jugend entsprechen. Zumal den besonders förderungsbedürftigen Jugendlichen, die als Geflohene und Migrationsbenachteiligte nachhaltiger sprachlicher Förderung bedürfen.

Deshalb bekennen wir uns auch weiterhin zu einem angemessenen Erhalt bzw. Ausbau der Stellen für Jugendberufshelfer, Schulsozialarbeiter und sprachlich betreuenden Helferinnen und Helfern.

Das neu entstehende Berufsschulzentrum in Konstanz muss nach den einstimmig beschlossenen Plänen des Kreistages gemäß beiden Bauphasen verwirklicht werden. Damit werden also auch die Handelslehranstalten Wessenberg, bisher am Seerhein gelegen, als eine nachhaltige zukunftsfähige Bildungseinrichtung gesichert.

Sonderpädagogische Einrichtungen

Unsere Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) in Konstanz, Singen und Stockach müssen der stetig wachsenden Schülerzahl (+10 % Wachstum!) entsprechen. Derzeit besuchen 400 Schülerinnen und Schüler die SBBZ. Mit Priorität muss der sehr angespannten Lage der Haldenwangschule Singen entsprochen werden. Die aktualisierte Planung und das Genehmigungsverfahren für das Raumprogramm sollten noch 2024 eingeleitet werden.

Gleichzeitig muss der Landkreis für die Bereitstellung des gravierend fehlenden Betreuungspersonals der Zentren sorgen, das Land BW für eine Lehrerversorgung von 100%.

Volkshochschule

Die Volkshochschule (VHS) wird maßgeblich durch den Landkreis und dessen Städte getragen. Sie gehört zu den bildungspolitischen Leuchttürmen der Erwachsenenbildung. Sie ermöglicht entscheidende Qualifizierungsmaßnahmen für den beruflichen Aufstieg, entscheidende sprachliche Hilfestellung für Zuwanderer, Geflüchtete und durch Migrationshintergrund Hilfsbedürftige. Die hohen Quoten der Deutsch- und Integrationskurse zeugen vom diesem Bedarf.

Weiterbildungswilligen bieten die Abschlüsse der Abendrealschule und des Abendgymnasiums bis zur Fachhochschulreife und zum Abitur beste Chancen für den Aufstieg. Diese Angebote müssen gefördert und gestärkt werden.

Kreismedienzentrum

Dem Kreismedienzentrum kommt angesichts der weltweiten Digitalisierung weiter wachsende Bedeutung zu. Im Neubau des BSZ Konstanz wird hierfür angemessener Raum geschaffen: Sowohl für die Beratung der Schulen, Ämter und Vereinen als auch für die Medien-Ausstattung aller Schulen des Kreises.

Sport

Die neue, sich im Bau befindliche Dreifachsporthalle (bisher zwei Hallenteile) schließt eine der folgenschweren Lücken im Bereich der Hallen für Schule und Sport treibende Vereine.

Die vorhandenen Sporthallen im Landkreis müssen ausstattungstechnisch und baulich ohne Schließungsengpässe leistungsfähig und offen zugänglich erhalten werden. Den Vereinen müssen sie weiter unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Eine umweltbewusste Schülerbeförderung durch den ÖPNV muss die Erreichbarkeit aller Schulen im Landkreis sicherstellen.

Geschichte und Kultur

Unser historisch bedeutender, kulturell einmalig geprägter Landkreis hat besondere Verpflichtungen. Der Wert für den Schutz und Zugänglichkeit unseres Kulturerbes spielt bei den Aufgaben des Kreisarchivs und der Kreisarchäologie eine entscheidende Rolle. Denkmalschutz und Bodendenkmalpflege haben im Landkreis Konstanz deshalb zu Recht ihre besondere Bedeutung.

Die wertvollen kulturtragenden Einrichtungen, sowohl der landesweit ausstrahlenden Träger wie die SWP, die Theater in Konstanz und Singen als auch die kreisweite Bedeutung der Arbeit zahlreicher freier Träger sind auf ideelle und finanzielle Förderung des Landkreises

existenziell angewiesen. Der Landkreis selbst hat mit seiner eigenen Kunststiftung die vorbildhafte Aufgabe übernommen, das Kulturschaffen der Künstler und Künstlerinnen unserer Region nach Kräften zu fördern und dies transparent zu machen.

Gesundheit und Soziales

Sozialpolitik

Die soziale Infrastruktur im Landkreis Konstanz ist gut und leistungsfähig und für die CDU-Kreistagsfraktion daher im wahrsten Sinne des Wortes ein wertvoller Teil unseres Miteinanders im Landkreis. Gesundheits-, Sozial-, Jugendhilfe- und Integrationspolitik haben in unserem Landkreis einen hohen Stellenwert. Mit über 240 Millionen € pro Jahr stellen die Sozialausgaben den höchsten Einzelposten im Haushalt des Landkreises dar.

Unsere Politik im Landkreis basiert auf einer guten Partnerschaft mit den Kirchen, Sozialverbänden und freien Trägern. Besonders in der Sozialpolitik des Landkreises wird für uns deutlich, dass wir uns von christlichen Maßstäben leiten lassen.

Die CDU schätzt und fördert das Wirken der Kirchen, ihrer Organisationen, der freier Träger, wie der Liga der freien Wohlfahrtspflege und unserer zahlreichen Hilfsdienste und Rettungsdienstorganisationen, die in unserem Landkreis jeden Tag wertvolle Arbeit leisten. Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität, die individuelle Selbstbestimmung und Eigenverantwortung stärkt.

Gesundheitsversorgung ist wichtig – ambulant und stationär.

Krankenhausversorgung

Ab 2012 hat der Landkreis Konstanz aus einer Notsituation des damaligen Krankenhausunternehmens heraus die allgemeine Krankenhausversorgung im Landkreis übernommen. Unser kommunaler Klinikverbund Landkreis Konstanz (GLKN) ist mit rund 1.300 Betten der größte Gesundheitsversorger in der Bodenseeregion. Unser Ziel ist die dauerhafte kommunale Trägerschaft unserer Kreiskliniken.

Das große Plus der Entscheidung, die Krankenhausversorgung nicht in private Hände zu geben, sondern selbst in voller kommunaler Verantwortung zu bleiben, ist es, zwar wirtschaftlich arbeiten zu müssen, dabei aber auch für die Kreisbevölkerung erforderliche neue Leistungen und Angebote weiterzuentwickeln.

Gerade in einem Klinikverbund, der sich als kommunale Einrichtung der Daseinsvorsorge versteht, kann es aber nicht nur eine inhaltliche Konzentration auf die Aufgaben geben, die maximale Erträge garantieren. Es ist unsere Aufgabe immer wieder die Frage zu stellen, welche Angebote unsere Kreisbevölkerung braucht und wie es gelingen kann, möglichst viele Angebote medizinischer und pflegerischer Versorgung im Landkreis und damit wohnortnah zu erhalten.

Die CDU steht uneingeschränkt zum Krankenhausverbund im Landkreis und hat in den letzten Jahren mit ihren Stimmen im Kreistag dazu beigetragen, dass auch in schwierigsten wirtschaftlichen Zeiten mit Kreisfinanzmitteln unsere Kliniken Fortbestand haben.

Für den Landkreis Konstanz muss die Versorgung auf dem heutigen hohen Niveau in allen medizinischen Bereichen im Landkreis Konstanz gesichert bleiben. Aus diesem Grund wurde im Landkreis, so wie in vielen anderen Regionen des Landes auch die Entscheidung getroffen, Angebote zu konzentrieren – in unserer Region auf zwei Krankenhausstandorte.

In der Stadt Konstanz wird im östlichen Teil unseres Landkreises ein erst kürzlich neu gebautes und modernes Krankenhaus betrieben. Um auch für den westlichen Bereich des Landkreises eine zukunftsorientierte Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, hat der Kreistag mit großer Mehrheit und mit einem ergebnisoffenen, transparenten Abwägungsprozess entschieden, dass auch in Singen ein Krankenhausneubau entstehen soll. Die Bundespolitik, aber auch Qualitätsvorgaben der dafür zuständigen medizinischen Fachgesellschaften geben inzwischen in nahezu allen Krankenhausbehandlungsbereichen Behandlungsmindestmengen vor. Würden im Landkreis Konstanz nicht ebenfalls Angebote konzentriert, damit die erforderlichen Fallzahlen erreicht werden, würde verschiedene wichtige Angebote über kurz oder lang ganz entfallen und eine Behandlung wäre nur noch außerhalb des Landkreises möglich.

Auch die ärztliche Ausbildung, die wesentlich dazu beiträgt, die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten sowohl stationär als auch ambulant in der Region zu sichern, ist von Mindestfallmengen abhängig. Diese Fallmengen sind nur noch zu erreichen, wenn wir uns auf maximal zwei Standorte konzentrieren.

Die Kliniken sollen auch in Zukunft medizinisch, pflegerisch und baulich weiterentwickelt werden. Dies geht nur, wenn dauerhaft genügend qualifiziertes und vor allem zufriedenes Personal zur Verfügung steht. Es gilt, für die Bestandsmitarbeitenden gute, machbare und verlässliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Ausbildungskapazitäten auszubauen und den GLKN als „guten Arbeitgeber“ so zu positionieren, dass neue Mitarbeitende gewonnen werden können.

Diese Aufgaben sind neben der finanziellen Absicherung unserer Kreiskliniken für die Zukunft der stationären Krankenhausversorgung bei uns existentiell. In den Bereichen Informationstechnologie (IT), im Gebäudeunterhalt und besonders beim Neubau des neuen Hauses in Singen liegen weitere, größte finanzielle Herausforderungen, die der GLKN nicht alleine stemmen kann. Die CDU steht für eine Unterstützung dieser Aufgaben aus Kreismitteln und fordert vom Land Baden-Württemberg einen maximal hohen Förderbetrag.

Weiterhin ist es uns wichtig, dass in den Städten Radolfzell und Engen, die bisher Krankenhausstandorte waren, und in der Stadt Stockach, die ein eigenes Krankenhaus betreibt, adäquate Angebote zur Versorgung der Bevölkerung ihren Platz haben.

Gesundheitsversorgung

Im Rahmen der Kompetenzen des Landkreises werden wir uns dafür einsetzen, dass unsere gut ausgestattete Gesundheitsversorgung in der ambulanten Versorgung Bestand hat und allen Kreiseinwohnern zur Verfügung steht. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die sichere Versorgung im ambulanten Bereich mit genügend niedergelassenen Haus- und Fachärzten und neue Niederlassungsformen, wie z.B. den sogenannten MVZs (Medizinische Versorgungszentren). Ein Instrument ist hierbei die Kommunale Gesundheitskonferenz, deren Arbeit wir ausdrücklich unterstützen. Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat die Aufgabe, unter Einbeziehung aller Akteure im Landkreis gesundheitliche Versorgungsverbesserungen zu identifizieren und in die Wege zu leiten, also

herauszufinden, was fehlt und dafür zu sorgen, dass Defizite beseitigt werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Gemeinden haben, die bei der Aufgabe von Arztpraxen oder anderen Behandlungsmöglichkeiten oft schnell in

Versorgungsengpässe geraten. Weitere neue Ansätze, wie z.B. Ansiedlungsanreize für junge Mediziner oder Außensprechstunden und Patiententaxis unterstützen wir.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Hospizarbeit im Landkreis Konstanz weiterentwickelt wird. Ebenso begrüßen wir sinnvolle Angebote im Bereich der Geburtenversorgung, wie das hebammengeleitete Gesundheitszentrum radofine in Radolfzell.

Politik mit und für Senioren

Ältere Menschen brauchen Sicherheit bei Pflegebedürftigkeit und Einsamkeit. Die Pflegestützpunkte sind ein Instrument, um Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige in die Lage zu versetzen, erforderliche Pflege und Hilfe problemlos zu organisieren. Der Wunsch vieler Seniorinnen und Senioren ist es, auch im Alter und bei eingeschränkter Mobilität so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben zu können. Die CDU-Kreistagsfraktion war intensiv an der Erstellung des Kreissenioresplans 2023 beteiligt, der die Lebens-, Betreuungs- und Pflegesituation unserer älteren Bevölkerungsgruppe bis 2030 in den Blick nimmt und Lösungen für verschiedene Themen vom Wohnen bis zur Pflege angeht. Es geht darum, verschiedenste Handlungsfelder aufzuzeigen, die es in der kommenden Kreistagswahlperiode umzusetzen gilt. Es ist unser Ziel, dass pflege- und betreuungsbedürftige Menschen mit entsprechender Unterstützung so lange es geht zu Hause leben können.

In der kommenden Kreistagswahlperiode wollen wir Maßnahmen anstoßen, die eine bessere Versorgung in den eigenen vier Wänden zum Ziel hat, aber z.B. auch den Ausbau von sehr dringend benötigten Kurzzeitpflegeplätzen im ganzen Landkreis. Wir legen dabei besonderen Wert auf die Sachkunde und Zusammenarbeit mit unserem aktiven Kreisseniorerrat.

Der Ausbau von guten stationären Pflegeangeboten und eine flächendeckende Versorgung mit zuverlässigen ambulanten Pflegediensten im gesamten Landkreis ist ein wesentlicher Punkt für die nächsten Jahre, den der Landkreis aktiv begleiten soll. Aufgrund der Veränderung in der Ausbildung der Pflegeberufe kommt dem Landkreis für die Versorgung mit Pflegefachkräften eine besondere Bedeutung zu. Seit 2020 werden die Kranken- und die Altenpflegeausbildung weitgehend zu einer Ausbildung zusammengefasst und es kommt, um keine Ausbildungsplätze zu verlieren, entscheidend auf gute Absprachen zwischen den beruflichen Pflegeschulen im Kreis und zwischen den Kliniken und den Altenpflegeträgern an. Dem Landkreis kommt hier als Träger der Mettnauschule und als Mehrheitseigentümer des GLKN mit dessen Krankenpflegeschulen eine verantwortungsvolle, koordinierende Funktion zu. Ziel muss es sein, nicht nur alle bisherigen Ausbildungsplätze zu erhalten, sondern auch mit neuen Angeboten dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Jugendpolitik

Die heutigen Jugendlichen werden in absehbarer Zeit die Leistungs- und Entscheidungsträger unserer Gesellschaft sein. Diese Generation junger Leute zu fördern ist deshalb ein besonderes Anliegen der CDU. Diese Förderung fußt auf drei elementaren Säulen: die Jugendarbeit bzw. Jugendpflege, die Jugendhilfe sowie die Schulsozialarbeit.

Der Landkreis förderte bereits die Schulsozialarbeit in den Kommunen. Wir setzten uns dafür ein, dass der Landkreis die Schulsozialarbeit auch weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten fördert.

Des Weiteren gilt es, die nahraumorientierte Jugendhilfe für den Landkreis zu stabilisieren und auszubauen. Auf verändernde rechtliche Rahmenbedingungen muss adäquat reagiert werden. Die Jugendhilfe muss weiterhin ein gut erreichbarer und verlässlicher Ansprechpartner vor Ort für alle Beteiligten sein, um Jugendlichen bestmöglich zu helfen.

Schließlich gilt es die Jugendarbeit und Jugendpflege der verschiedenen Träger im Landkreis zu unterstützen. Die CDU steht hinter der bisherigen Förderkulisse und will diese fortsetzen.

Uns ist es zudem ein Anliegen, die Beteiligung von Jugendlichen am politischen Willensbildungsprozess im Landkreis zu fördern. Hierfür unterstützt der Landkreis die Gemeinden bei der Etablierung von eigenen Jugendbeteiligungsformaten. Auf Anregung der Jungen Union im Landkreis hat die CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode des Kreistags zudem die Einrichtung eines Jugendbeteiligungsformats auf Kreisebene angestoßen. Der Kreistag folgte dem Antrag der CDU und beschloss, ein geeignetes Format zu erarbeiten und einzuführen. Dieser „Jugendkreistag“ befindet sich derzeit in seiner konzeptionellen Vorbereitung. Diesen Prozess werden wir weiterhin eng und konstruktiv begleiten.

Ausbau der Kinderbetreuung

Die Kinderzahlen im Landkreis steigen erfreulicherweise stark an. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist zu einer Selbstverständlichkeit und zu einer Daueraufgabe geworden.

Aufgrund der Ausweitung der Kinderbetreuung sind dem Landkreis neue Aufgaben, z.B. im Bereich der Tagesmütter, die die CDU-Kreistagsfraktion neben den Kinderbetreuungs-Einrichtungen für eine wesentliche Säule des Elternwahlrechts hält, zugefallen. Trotz erheblicher Fortschritte beim Ausbau der Kinderbetreuung sind noch immer nicht überall passgenaue Angebote vorhanden.

Neben den Kommunen muss auch der Landkreis ein kompetenter Ansprechpartner für Eltern, aber auch für Betriebe sein und Angebote kombinieren. Dies ist auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Konstanz. Kommunen, die besonders viele neue Erdenbürger/innen willkommen heißen konnten und können, brauchen beim Ausbau der erforderlichen Kapazitäten im Bereich der Kinderbetreuung und später dann beim Ausbau von Schulangeboten Unterstützung.

Wir setzen uns beim Bund und im Land dafür ein, dass diese Städte und Gemeinden in besonderem Maße finanziell gefördert werden und auch ein Schwerpunkt der Jugendhilfepolitik des Landkreises dort fokussiert wird.

Wir sagen auch weiterhin die Unterstützung des Babyforums zu, um besonders jugendlichen Müttern und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf Halt und den Kindern Schutz zu geben.

Menschen mit Behinderung wollen mit uns wohnen, arbeiten und leben

Aufgrund von Vorschlägen von unserer CDU-Kreistagsfraktion wurden in den letzten Jahren entscheidende Schritte für die Bereiche Leben, Arbeit, Wohnen und Pflege für Menschen mit Behinderung in unserem Landkreis realisiert. Auf den Rat unseres Behindertenbeauftragten hat die CDU-Kreistagsfraktion die jährliche Auslobung des Inklusionspreises des Landkreises beantragt, der nun fester Bestandteil der Bewusstmachung von Anliegen behinderter Menschen in Landkreis ist.

Der Landkreis Konstanz verfügt inzwischen über Teilhabepläne für Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen und Menschen mit seelischen Behinderungen, deren Zahl nach wie vor steigt. Es ist weiterhin unser erklärtes Ziel, Kinder und Erwachsenen mit einer Behinderung Unterrichts-, Arbeits- und Betreuungsmöglichkeiten innerhalb unseres Landkreises anzubieten. Niemand soll mehr den Landkreis verlassen müssen, Menschen mit einer Behinderung sollen nicht mehr aus ihrem Familien- und Sozialgefüge gerissen werden. Ein Nebeneffekt ist, dass die direkte regionale Angebotsstruktur zudem auch noch wirtschaftlicher ist als eine Fremdversorgung außerhalb unserer Region.

Unsere Ziele: Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen beider Eingliederungshilfepläne für den Landkreis für Menschen mit Behinderungen ist eine vordringliche Aufgabe. Weiterhin gilt es, regionale Angebote auszubauen und zu ergänzen. Insbesondere in den Bereichen Wohnen und Arbeit müssen inklusive Angebote noch mehr Raum greifen.

Wir schlagen die Durchführung eines jährlich wiederkehrenden „Tags der Arbeit für Menschen mit Behinderung“ vor, mit dem Ziel aufzuzeigen, welche Arbeitsoptionen es gibt, um noch mehr Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Hilfe für Menschen ohne Wohnung

Im Landkreis Konstanz gibt es nach wie vor eine versteckte Wohnsitzlosigkeit von jungen Menschen. Von besonderer Bedeutung ist auch die Situation wohnsitzloser jüngerer Frauen. Wir sagen zu, uns weiterhin aktiv für diese Menschen einzusetzen und passgenaue Angebote zu unterstützen.

Völlig ausgeschlossen sollte es sein, dass Kinder durch widrige Umstände mit ihren Müttern und Vätern wohnsitzlos werden oder aus ihrem gewohnten Umfeld wegziehen müssen. Solche Situationen sind unwürdig und ziehen als Konsequenz Jugendhilfeleistungen nach sich.

Wir wollen, dass die Behörden im Landkreis hier im Sinne präventiver Maßnahmen noch enger kooperieren, um solche Situationen, die ein ganzes Kinderleben prägen können zu vermeiden.

Hilfe für Menschen ohne Arbeit

Unser Jobcenter, die Beschäftigungsgesellschaft des Landkreises und die Angebote der kirchlichen und freien Träger der Wohlfahrtspflege im Landkreis haben sich für Arbeitslose als wirkungsvolle Einrichtungen zurück in die Arbeit erwiesen. Um diese Aufgabe weiterhin sinnvoll umsetzen zu können, bedarf es verlässlicher Finanzierungszusagen des Bundes und der Schaffung von noch besser geeigneten Angeboten. Es braucht Freiraum für Projekte, die regional ansetzen. Insbesondere muss es gelingen, Angebote der Bundesagentur für Arbeit noch mehr als bisher zu regionalisieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass weiterhin ausreichende Angebote zur Verfügung stehen, um Menschen zurück in die Arbeit zu helfen. Im besonderen Fokus stehen hierbei Langzeitarbeitslose, die es aufgrund von Vermittlungshemmnissen (Krankheit, Schulden, persönliche Umstände) schwer haben, im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen. Projekte für die Integration in den Arbeitsmarkt der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Konstanz werden wir unterstützen, da sie dazu beitragen, neben der Hilfe beim Wiedereinstieg in ein geregelteres Arbeitsleben den Betroffenen ein Stück menschliche Würde zurückzugeben.

Flüchtlinge/Asylbewerber

Es ist ein Gebot christlicher Nächstenliebe, Menschen in Not unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem rechtlichen Status gut zu versorgen und willkommen zu heißen. Der Landkreis mit seinen Kommunen ist der Ort, an dem die Menschen – oft nach langem Weg – das erste Mal dauerhaft bleiben können. Es gilt nach wie vor die Forderung, dass die Verfahren zur Klärung der Frage, ob die Menschen bei uns bleiben können oder nicht, beschleunigt werden. Eine schnelle Klarheit der Bleibeperspektive hat Vorteile für alle Beteiligten.

Die CDU setzt sich für eine realistische, langfristige Planung der Erstaufnahmeplätze im Landkreis ein. Eine Belegung von Kreissporthallen durch Geflüchtete soll es nicht mehr geben.

Für Menschen mit Bleibeperspektive, welche sich an unsere Gesetze und Werte halten, gilt es eine Basis zu schaffen, wo sich der einzelne finden und in der Gesellschaft integrieren kann. Das gute Miteinander der Kommunen im Landkreis stellt die Basis für eine faire Anschlussunterbringung dar. Die CDU im Kreistag sieht den Schlüssel bei der Unterbringung der Geflüchteten im guten Zusammenspiel des Landkreises und der in ihm liegenden Städte und Gemeinden.

Integration

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Im Landkreis Konstanz leben seit jeher Einwohnerinnen und Einwohner verschiedenster Nationen und Kulturen zusammen.

So ist es zwar nicht neu, dennoch sehr herausfordernd nun auch die aktuell geflüchteten Menschen hier aufzunehmen und zu integrieren. Integration bedeutet aber nicht, den neu Angekommenen einen einseitigen Gefallen zu tun. Integration bedeutet vielmehr Rechte und Pflichten – eben wie für jeden anderen Bürger im Landkreis Konstanz auch.

Die neuen Einwohner bringen Fähigkeiten mit, Arbeitskraft, Wissen. Dies nicht zu nutzen wäre für jede Gesellschaft fahrlässig. Daher setzt sich die CDU dafür ein, dass die Menschen hier auch arbeiten dürfen. Die Voraussetzungen hierfür sollen unkompliziert und zügig geprüft werden.

Für die CDU ist es nicht hinnehmbar, dass insbesondere arbeitsfähige junge Leute über Jahre hinweg ohne Arbeit und damit ohne Perspektive sind. Aus diesem Grund unterstützen wir schulische und berufliche Integrationsaktivitäten, wie die unserer kreiseigenen Beschäftigungsgesellschaft. Es muss gelingen, Arbeit, Perspektive und Integration zu verbinden.

Eine Voraussetzung ist sicher die deutsche Sprache. Aber auch weitere Angebote sind wichtig, die wir unterstützen: Hierzu zählen vor allem Sprachkurse, integrative Elternarbeit in den Kindertagesstätten, schulfördernde Vorbereitungsklassen, schulische Förderung oder die kommunale Förderung von Ausbildungsprojekten.

Im besten Fall wird es selbstverständlich, dass ein Geflüchteter in Deutschland eine Berufsausbildung machen kann, oder bei entsprechender Qualifikation direkt dem Arbeitsmarkt zugeführt wird. Mit einer Berufsausbildung haben diese Menschen beste Chancen am deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und sich ihren Lebensunterhalt dauerhaft selbst verdienen zu können. Sofern es kein Bleiberecht gibt, hilft die gelernte berufliche Qualifizierung den Menschen, in ihrer ursprünglichen Heimat Fuß zu fassen und im eigenen Land Grundlagen zu haben, die ein auskömmliches Leben dort möglich machen.

Die CDU setzt sich für verstärkte Bemühungen um eine Integration der sich rechtmäßig hier aufhaltenden ausländischen Mitbürger ein, die bereit sind, dieses Angebot auch anzunehmen. Es muss Menschen mit Migrationshintergrund verdeutlicht werden, dass eine gelungene und echte Integration Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft ist.

Wohnen

Gut und bezahlbar zu wohnen, muss für alle Menschen im Landkreis möglich sein. Die CDU unterstützt die Städte und Gemeinden des Kreises bei ihrer individuellen Stadt- und Ortsentwicklung. Zukunftsfähigkeit, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind unsere Leitmotive.

Die Vielfalt unserer Region ist ihre Stärke, deren Erhalt und Weiterentwicklung die CDU fördert. Die unterschiedlichen Strukturen zwischen Städten, Ortschaften, ländlichen Raum sind der CDU wichtig, denn sie bilden die Basis zur Verwirklichung unterschiedlicher Lebensentwürfe, sie geben Heimat für alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere für Familien und ältere Menschen. Die CDU unterstützt die vorausschauende Bodenvorratspolitik für neue Wohnbauflächen sowie bewährte und neue Wohn- und Lebensformen. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Angebote bereichert den Wohnungsmarkt. Der geförderte Wohnungsbau im Rahmen der Daseinsvorsorge braucht seinen Platz in allen Gemeinden für die Bezieher kleinerer Einkommen.

Im Klimaschutz spielt der Wohnungsbau eine wichtige Rolle. Mehrkosten dürfen jedoch nicht als Kostentreiber wirken, der die Wirtschaftlichkeit aushebelt und so mehr bezahlbaren Wohnungsbau verhindert. Die CDU fordert, dass Wohnen und Mobilität enger verzahnt werden. Neben dem privaten Straßenverkehr gehören der ÖPNV, Carsharing-Angebote, Leih-Fahrrad-Systeme und andere Verkehrsträger zum modernen Wohnen.

Für die Wirtschaft ist der Wohnungsbau zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden. Der Landkreis Konstanz soll als Arbeitgeber eigene Initiativen prüfen, um das Wohnungsangebot für seine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern.

Stärkung des Ehrenamts

Unsere Gesellschaft im Landkreis ist von einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement geprägt. Viele Männer und Frauen setzen ihre Freizeit und oft auch finanziellen Mittel ein, um auf ehrenamtlicher Basis ein Angebot zu schaffen bzw. einen Dienst zu tun, ohne den die Gesellschaft wesentlich ärmer wäre – sei es bei einer Blaulichtorganisation, einem Sportclub, einem Kulturverein oder sonst einer Gruppe oder Vereinigung. Dieses Engagement ist ein Dienst am Mitmenschen, der in diesem Umfang nicht von staatlichen Stellen erbracht werden könnte. Dieses Engagement gilt es in besonderer Weise zu würdigen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass hierfür auf Landkreisebene Formate eingeführt werden.

Ansprechpartner:

OB Bernd Häusler, Vorsitzender CDU-Kreistagsfraktion, bernd.haeusler@singen.de

BM Marcus Röwer, Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion, roewer@volkertshausen.de

Dr. Fabio Crivellari, Vorsitzender CDU-Kreisverband, fabio.crivellari@cdu-kv-konstanz.de